



Die breite Mittelschicht entlasten

Budgetdebatte: CSV fordert steuerliche Maßnahmen zur Sicherung der Kaufkraft

"Anspruch und Wirklichkeit klaffen bei der Budgetvorlage 2022 der Regierung weit auseinander", hielt CSV-Co-Fraktionspräsident Gilles Roth während seiner Rede im Parlament am Mittwoch fest. "Es ist ein Budget des politischen Stillstands und der verpassten Chancen. Die Finanzen werden schöngeredet. Wir haben die höchste Staatsschuld seit dem Zweiten Weltkrieg."

Er stellte die tatsächliche Stabilität der Staatsfinanzen in Frage und warf der Exekutive vor, aus den Überschüssen der Sozialversicherung zu schöpfen, wissend, dass deren Tendenz rückläufig ist. "Es ist schon erstaunlich, dass die Regierung Bettel II trotz anhaltenden hohen Wirtschaftswachstums und trotz aufgeschobener Steuerreform die Enden nicht zusammen bekommt."

Für den Finanz- und Steuerexperten der CSV ist die Steuerreform längst überfällig. Er brach eine Lanze für die breite Mittelschicht, die von der Regierung weitgehend ignoriert wird - trotz stark gestiegener Lebenshaltungskosten: "Die breite Mittelschicht muss substantiell und schnellstmöglich entlastet werden. Damit es den Kindern langfristig nicht schlechter geht als ihren Großeltern." Erreichen will die CSV dieses Ziel mit u.a. folgenden Maßnahmen:

- Inflationsbereinigung der Steuertabelle
- Anpassung des Steuereingangsbetrags
- Schaffung einer weiteren Steuertranche für Spitzenverdiener
- Entlastung für Alleinerzieher der Steuerklasse 1A
- Verlängerung der Übergangszeit von 3 auf 5 Jahre für den Wechsel von der Steuerklasse 2 zu 1A
- Erhöhung der Steuerfreibeträge
- Gleichgewicht bei Besteuerung von Arbeit und Kapital
- Aufnahme der CO₂-Steuer in den Index-Korb

Gilles Roth warf der Regierung vor, in den Jahren vor der Pandemie keine Rücklagen getätigt zu haben. Dieses Versäumnis gehe jetzt zu Lasten der Mittelschicht und wiege bei Geringverdienern besonders schwer.

Wirtschaftspolitisch bekannte sich der CSV-Abgeordnete zum Luxemburger Wachstumsmodell, verwies aber auf die Notwendigkeit der Umwandlung des quantitativen Wachstums der Wirtschaft in ein qualitatives Wohlbefinden der Bürger. Zur langfristigen Absicherung des **Luxemburger Wirtschaftsmodells** richtete Gilles Roth einen Appell an die Regierung, die Diversifizierung der Unternehmen stärker voranzutreiben: "Aktuell kommen 75 Prozent der Steuergelder aus dem Finanzsektor."

In Sachen **Logement** bedauerte er, dass die im Budget vorgesehenen Beträge nicht mit den ambitionierten Vorhaben der Regierung Schritt halten können und warf der Regierung "Ankündigungspolitik" vor: "2000 Wohnungen zu einem Gesamtpreis für 300 Millionen Euro zu bauen, ist schlichtweg nicht möglich." Zur Entlastung der angespannten Lage am Immobilienmarkt erinnerte Gilles Roth an die von der CSV eingebrachten Vorschläge, wie die Erhöhung des "bëllegen Acte" und der Einführung einer intelligenten CO2-Steuer.

Zur **Klimapolitik** des blau-grün-roten Kabinetts meinte Gilles Roth, dass ein Umdenken bei Bevölkerung und Wirtschaft nicht durch Ideologie und Verbote zu erreichen sei: "Die energetische Transition kann nur gelingen, wenn wir die Bürger und die Betriebe des Landes mitnehmen. Wir müssen Anreize schaffen, sei es durch Subventionierung oder durch steuerliche Entlastung." Als Denkanstoß schlug er eine "Loi Rau" für das Klima vor.

Bei der **Digitalisierung** kritisierte Gilles Roth das knapp berechnete Budget und die mangelnde Dynamik: "Es fehlt weiterhin an praktischen Applikationen, die den Bürgern das Leben bei administrativen Vorgängen erleichtern. Andere europäische Länder, vor allem nordische, sind da bereits viel weiter als Luxemburg." Als Beispiel nannte er den sogenannten digitalen Bürgerpass mit Personalausweis, Führerschein und Sozialversicherungskarte: "Dieser könnte in Luxemburg längst Wirklichkeit sein."

Bei der **Bildungspolitik** forderte er die Regierung auf, auf ausreichend und zudem qualifiziertes Personal zu setzen, bei der **Familienpolitik** verlangte er eine verstärkte Fokussierung auf das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen.

Abschließend dankte der Co-Präsident der CSV-Fraktion dem scheidenden DP-Finanzminister Pierre Gramegna mit aner kennenden Worten für seinen Einsatz und bat ihn um Verständnis, dass die CSV die Budgetvorlage 2022 aufgrund vorgenannter Gründe nicht gutheißen könne.